

KDFB – INFORMATIONEN 2/2008



Nachrichten

2 Frauen & Erwerbsarbeit

6 Familie & Partnerschaft

8 Bildung

9 Ehrenamt

10 Gesundheit

11 Bioethik

13 Lebensschutz

16 Kirche & Theologie

18 Gewalt gegen Frauen

18 Integration

19 Illegale ZuwanderInnen

20 Fairer Handel

21 Medien

IMPRESSUM

Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund

- Bundesgeschäftsstelle -

Kaesenstraße 18 - 50677 Köln

Telefon: (0221) 86092-0

Fax: (0221) 86092-79

Email: bundesverband@frauenbund.de

Internet: www.frauenbund.de

Redaktion:

Gabriele Klöckner

gabriele.kloeckner@t-online.de

Frauen & Erwerbsarbeit

Ursula von der Leyen: „Lohnschere klafft weit auseinander“

Bundesfamilienministerium veröffentlicht am bundesweit ersten „Equal Pay Day“ neue Studie zu Bezahlung von Frauen und Männern

„Im Wettbewerb um attraktive Arbeitsplätze haben heute immer öfter weibliche Bewerber die Nase vorn. Hoch motiviert und meist mit besseren Ausbildungsabschlüssen starten sie ihre Karrieren. Doch der Lohn, den sie für ihre gute Arbeit erhalten, bleibt im Schnitt 20 Prozent hinter dem ihrer männlichen Kollegen zurück. Bei den Hochschulabsolventen und Führungskräften klafft die Schere sogar noch weiter auseinander. Politik und Wirtschaft sind aufgerufen, noch bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, um Frauen und Männern gleiche Chancen zu eröffnen - im Berufs - wie im Familienleben.“ Diese Bilanz zieht Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie Senioren, Frauen und Jugend, am ersten bundesweiten „Equal Pay Day“.

Die vom Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend veröffentlichte Studie „Entgeltungleichheit“ von Sinus Sociovision geht der Frage nach, wie das Thema Entgeltgleichheit von Frauen und Männern in verschiedenen Bevölkerungsschichten wahrgenommen wird und welche Erwartungen an die Politik bestehen. Der vom Bundesfamilienministerium geförderte erste „Equal Pay Day“ ist eine Aktion der Business and Professional Women (BPW) Deutschland und der sie unterstützenden Vereine und Verbände. Der neue Jahrestag soll in Erinnerung rufen, dass es gemeinsamer Anstrengungen von Politik und Sozialpartnern bedarf, um die bestehende Entgeltungleichheit zu überwinden.

Zentrale Ergebnisse der Studie „Entgeltungleichheit“:

- Nahezu alle sozialen Schichten, Alters- und Bildungsgruppen nehmen Entgeltungleichheit als eine der großen noch bestehenden Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft wahr.
- Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind überzeugt davon, dass Frauen bei gleicher Qualifikation und Ausbildung deutlich weniger verdienen als Männer.
- Und mehr als 90 Prozent stimmen dem zu, dass Frauen und Männer selbstverständlich auch gleich bezahlt werden sollten.
- Mehr als 90 Prozent der Befragten erwarten von Seiten der Arbeitgeber mehr Transparenz bei der Entlohnung.
- 85 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass mehr Männer Elternzeit nehmen würden, wenn Frauen besser bezahlt würden.

Die Befragung dokumentiert eindrücklich, dass sich Männer mit den Frauen beim Thema Entgelt heute in hohem Maße solidarisieren. Frauen werden in der Berufswelt selbstverständlich als gleichwertig erlebt, die ungleiche Entlohnung als Verschwendung wichtiger Ressourcen. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass die Bewertung von Arbeit sich an Leistung und nicht am Geschlecht orientieren muss.

Viele junge Paare entscheiden die Frage, wer nach der Geburt eines Kindes zunächst zu Hause bleibt, auch aufgrund finanzieller Aspekte. So bleibt eine Elternschaft in aller Regel ohne Konsequenzen für die Erwerbstätigkeit des besser verdienenden Mannes, hat aber massive Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Frau. Ursachen der schlechteren Bezahlung sind der Studie zufolge häufig fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und starre Arbeitsbedingungen, die Bedürf-

nisse von Erziehenden ignorieren. Die Folgen sind relativ lange Erwerbsunterbrechungen von Müttern und damit verbundene Karriereknicks und Einkommenseinbußen. Ein gesellschaftliches Rollenbild, das Frauen die Hauptzuständigkeit für Familien- und Erziehungsaufgaben zuweist, trägt dazu bei.

„Nach der Einführung des Elterngeldes mit Partnermonaten hat sich die Zahl aktiver Väter, die wegen ihrer Kinder beruflich kürzer treten, binnen eines Jahres verdreifacht. Umfragen sagen uns, dass die Wirtschaft diese Entwicklung begrüßt. Und der begonnene Ausbau der Kinderbetreuung schafft neue Freiräume für junge Mütter und Väter, die beides vereinbaren wollen - Familie und Karriere. Neue Angebote des Bundes für Berufsrückkehrerinnen helfen Frauen nach einer längeren Familienphase wieder einen Job zu finden, der ihren Fähigkeiten entspricht. Alle diese Initiativen des Bundes sollen mittelfristig dazu beitragen die Entgeltungleichheit erfolgreich zu überwinden. Das Ziel ist aber nur dann erreichbar, wenn Staat und Sozialpartner mit an einem Strang ziehen“, so Ursula von der Leyen.

(Pressemitteilung des BMFSFJ – 14. April 2008)

Hinweis

Die Studie finden Sie im Internet als PDF-Datei unter
<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Presse/pressemitteilungen.did=109320.html>

Eine eigene Homepage zur Aktion : www.equalpayday.de

Frauenbündnis startete Initiative „Ich bin mehr wert!“

Zum Internationalen Frauentag 2008 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) zusammen mit mehreren Frauenverbänden die Kampagne „Ich bin mehr wert!“ gestartet. Zu den kooperierenden Partnerinnen zählen der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Journalistinnenbund, die Business Professional Women (bpw) Germany, der Deutsche Akademikerinnenbund sowie der Verband der medizinischen Fachberufe (vmf).

Ziel der Initiative sei es, die Ungleichbehandlung von Frauen in der Arbeitswelt zu beseitigen, erklärte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 4. März in Berlin. Bis zum Internationalen Frauentag 2009 sind zahlreiche Aktivitäten zu den Themenschwerpunkten Entgeltgleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Karrierechancen für Frauen geplant.

Hinweis

Weitere Informationen zur Kampagne und zur Entgeltgleichheit:
<http://www.dgb-frauen.de>
<http://entgeltgleichheit.verdi.de>

Gute Resonanz auf ersten Aktionstag

Am 15. April 2008 wurde in Deutschland zum ersten Mal der Equal Pay Day mit zahlreichen größeren und kleineren Aktionen und Veranstaltungen in über zwanzig Städten begangen. Medien, PassantInnen und ZuhörerInnen reagierten positiv. Der Aktionstag macht auf die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen aufmerksam. Die Idee zu dieser Initiative stammt aus den USA. Mit roten Taschen in der Betriebskantine, vor dem Bremer Roland, auf dem Münchener Marienplatz, im Roten Rathaus in Berlin, mit Informationstouren mit dem roten Londonbus, Podiumsdiskussionen u.a. machten die Business and Professional Women (BPW) Germany – unterstützt von einem breiten Aktionsbündnis und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) - darauf aufmerksam, dass Frauen nach wie vor 22 Prozent weniger verdienen als Männer. Dabei sollen die roten Taschen die roten Zahlen symbolisieren, die die Lohn- und Gehaltabrechnungen von Frauen aufweisen und sich in deren Geldbörsen niederschlagen. „Die Einführung des Equal Pay Day in Deutschland war überfällig: Politik, Wirtschaft, Forschung und Verbände müssen an einem Strang ziehen, damit sich die Gehaltsschere endlich schließt“, forderte Dr. Bettina Schleicher, Präsidentin des BPW Germany Netzwerkes.

Hinweis

Weitere Informationen zu Business and Professional Women im Internet unter www.bpw-germany.de

Sozialverband fordert mehr Lohn für Frauen

Berlin (KNA) Der Sozialverband VdK hat bessere Löhne für Frauen gefordert. Sie verdienen im Schnitt 20 Prozent weniger als Männer und seien überproportional von Altersarmut betroffen, kritisierte VdK-Vizepräsidentin Carin Hinsinger in Berlin. Zu viele Frauen könnten zudem aus familiären Gründen nur Teilzeitjobs annehmen. Hinsinger rief die Bundesregierung auf, bessere Rahmenbedingungen wie etwa den Ausbau der Kinderbetreuung zu schaffen.

Laut VdK sind besonders junge Frauen und Alleinerziehende von Armut betroffen. Fehlende Arbeitsplätze und die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie zwingen viele Frauen in die Arbeitslosigkeit. Dies wirke sich entsprechend negativ auf die spätere Rente aus. Der Sozialverband fordert daher, den Rentenversicherungsbeitrag für Langzeitarbeitslose deutlich anzuheben. Die Beschäftigungsquote von Alleinerziehenden liegt nach einer OECD-Studie in Deutschland bei 62 Prozent und damit unter dem internationalen Durchschnitt von 71 Prozent.

(KNA – 6. März 2008)

„Schluss mit dem Unsinn“ – Kinospot gegen Lohndiskriminierung von Frauen

(fpd) Mit einem Kinospot „Schluss mit dem Unsinn“ will das bayerische Sozial- und Frauenministerium die Öffentlichkeit gegen die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern bei den Gehältern sensibilisieren und bei Arbeitgebern Bewusstsein für den Handlungsbedarf schaffen. Der Spot wurde aus dem Landeshaushalt sowie Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Hinweis

Der Kinospot kann im Internet unter www.stmas.bayern.de/frauen/lohngerecht angesehen werden.

Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ gestartet

(fpd) Mit dem Ziel, Frauen zu unterstützen, die nach einer längeren familienbedingten Erwerbspause wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen, haben das Bundesfrauenministerium und die Bundesagentur für Arbeit ein Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ gestartet. Das Programm setzt sich aus mehreren Bausteinen zusammen, „um möglichst passgenaue Maßnahmen für viele Frauen zu gewährleisten“. Für die teilnehmenden Frauen soll ein „Internetportal mit Lotsenfunktion“ eingerichtet werden. Auf regionaler und lokaler Ebene sollen spezielle Informationsbörsen zum Thema Wiedereinstieg angeboten sowie die Mehrgenerationenhäuser und die Lokalen Bündnisse für Familien einbezogen werden. Auch die kommunalen Frauenbeauftragten sollen als Akteure eingebunden werden.

Nach Mitteilung des Ministeriums soll das Programm

- Initiativen und Maßnahmen fördern, die Frauen den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben erleichtern;
- das Bewusstsein der Arbeitgeber stärken, dass sie mit Wiedereinsteigerinnen hoch motivierte und leistungsbereite Beschäftigte gewinnen, die nach abgeschlossener Familiengründung noch über 20 Jahre dem Unternehmen zur Verfügung stehen;
- Lebenspartner und Ehemänner dazu gewinnen, ihre Partnerinnen im Prozess des Wiedereinstiegs aktiv zu unterstützen.

Familie & Partnerschaft

Anwälte raten Frauen zu Eheverträgen

Frankfurt (KNA) Frauen, die wegen der Kindererziehung keinem Beruf nachgehen, sollten sich nach Meinung von Juristen mit Eheverträgen gegen die finanziellen Konsequenzen eines Scheiterns der Ehe absichern. Zu diesem Befund kommt Ingeborg Rakete-Dombek, Berliner Fachanwältin für Familienrecht und Notarin, in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung zum neuen Unterhaltsrecht.

Schon heute überlegten Notare, wie sie bei „klassische Rollenverteilung“ die Frau für den Fall des Scheiterns der Ehe vertraglich absichern könnten, so die Vorsitzende des Ausschusses für Familienrecht im Deutschen Anwaltverein. „Keine kluge Frau wird bereit sein, eine klassische Rollenverteilung hinzunehmen, ohne ausreichende finanzielle Sicherheit für die Zeit nach einem Scheitern der Ehe zu haben.“

Das neue Gesetz wendet sich von dem früher geltenden Altersphasenmodell ab, nach dem eine Mutter bis zum 8. Lebensjahr des Kindes gar nicht, vom 8. bis 15. Lebensjahr lediglich Teilzeit arbeiten musste; erst danach war sie zu einer Vollzeittätigkeit verpflichtet. Nach dem neuen Unterhaltsrecht soll in jedem einzelnen Fall geprüft werden, ob und wann schon nach dem dritten Lebensjahr des Kindes dem Kind eine „Fremdbetreuung“ und damit dem betreuenden Elternteil eine Berufstätigkeit zumutbar ist. Rakete-Dombek rügt, dass Familienrichter „trotz der klaren Gesetzesbegründung“ weiterhin an einem Altersphasenmodell festhalten.

(KNA – 13. März 2008)

Studie: Eltern stehen zunehmend unter Druck

Berlin (KNA) Eltern stehen nach einer Studie zunehmend unter vielfältigem Druck. Dieser bezieht sich sowohl auf die Erziehung und Bildung der Kinder, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die finanzielle Situation, als auch auf Rollenerwartungen, wie aus der in Berlin vorgestellten Untersuchung der Konrad Adenauer Stiftung hervorgeht. Sie befasst sich mit Selbstverständnis und Befindlichkeit von Eltern in unterschiedlichen Lebenslagen. Die Studie warnt zugleich vor der Herausbildung einer neuen Klassengesellschaft. So stellt sie ein „deutliches Auseinanderdriften der Milieus sowohl in räumlicher wie in kultureller Hinsicht“ fest. Verschiedene Schichten entwickelten „einander fremde Sinn- und Wertehorizonte“. Vor allem die bürgerliche Mitte grenze sich deutlich nach unten ab. Der Co-Autor der Studie, Carsten Wippermann, sprach von einer „Kontaktsperre“. Der untere Rand der Gesellschaft drohe den Anschluss zu verlieren und zu resignieren.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) forderte mehr Aufmerksamkeit für Eltern. Familien brauchten mehr Zeit für sich. Eltern müssten durch besseres Zeitmanagement entlastet werden. Zugleich verwies sie auf die Anstrengungen der Bundesregierung zum Ausbau der Kinderbetreuung sowie auf das Elterngeld. Für die Studie wurden 500 Eltern mit Kindern im Alter von bis zu 17 Jahren befragt; darüber hinaus gab es Interviews mit jeweils 50 Müttern und Vätern. Diese wurden repräsentativ nach ihrer Milieuzugehörigkeit ausgewählt.

Rund ein Drittel der Befragten fühlt sich durch den Erziehungsalltag oft gestresst, etwa die Hälfte sieht sich gelegentlich gestresst. Betroffen sind demnach vor allem Familien der „bürgerlichen Mitte“, die sich zunehmendem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sehen. Viele Eltern dieser Schicht verzichten laut Umfrage auf eigenen Konsum, um in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren. Wesentlich ist dabei die Bildung. Für drei Viertel aller Befragten ist ein guter Schulabschluss des Kindes „sehr wichtig“ und für 22 Prozent „eher wichtig“. Rund 40 Prozent der Eltern helfen ihren Kindern täglich bei den Hausaufgaben. Dabei wird sowohl die Wahl der Schule als auch des Wohnorts zu einem Mittel sozialer Abgrenzung. Wippermann verwies dabei auf einen deutlichen Zuwachs an Privatschülern.

Deutliche Milieuunterschiede zeigen sich auch im Rollenverständnis. Rund 45 Prozent der Befragten sehen die Mutter als verantwortlich für die Erziehung der Kinder; für etwas mehr als die Hälfte sind es inzwischen beide Elternteile. Letzteres gilt vor allem für die bürgerliche Mitte, während sich die unteren Schichten noch deutlich am traditionellen Rollenverständnis mit einem hervorgehobenen Vaterbild orientieren. Bei der Mittelschicht sieht sich der Vater allerdings zunehmend unter Druck, „den Spagat“ zwischen wachsenden beruflichen und familiären Ansprüchen gerecht zu schaffen. Beim religiös-verwurzelten Milieu haben laut Studie Ansehen und Zusammenhalt der Familie einen zentralen Stellenwert. Idealbild sei hier die Großfamilie als Lebensform und Lebensziel. Dies führe nicht selten zu einem „sich Aufopfern“ vor allem der Frauen, die darauf mit generalisierter Unzufriedenheit reagierten. Aufstiegs- und Wohlstandswünsche würden meist auf Kinder und Enkel übertragen. (KNA – 27. Februar 2008)

Hinweis

Eine Zusammenfassung der Studie von Christine Henry-Huthmacher können Sie als PDF-Datei im Internet unter www.kas.de/wf/de/33.13168 herunterladen.

Immer mehr Väter beanspruchen Elterngeld

Wiesbaden (KNA) Immer mehr Väter nutzen das Elterngeld. Wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden mitteilte, wurden im vierten Quartal 2007 bundesweit knapp 23.000 Anträge von Vätern auf Elterngeld bewilligt. Dies entsprach 12,4 Prozent der insgesamt 184.500 Anträge. Im ersten Quartal betrug der Anteil 6,9 und im dritten 10,7 Prozent. 2007 wurden laut Statistikamt insgesamt 571.000 Anträge auf Elterngeld bewilligt. 60.000 oder 10,5 Prozent davon wurden von Vätern gestellt. Fast zwei Drittel der Väter (60 Prozent) habe es für zwei Monate beantragt. 18 Prozent nahmen nach den Angaben eine „Babyzeit“ von zwölf Monaten. Dagegen beanspruchten 87 Prozent der Mütter Elterngeld für zwölf Monate, weniger als ein Prozent nur für zwei Monate. Nach den Angaben ist der Anteil der für Väter bewilligten Anträge im vierten Quartal mit 15,1 Prozent in Bayern und mit 15,0 Prozent in Berlin am höchsten. Am geringsten sei der Väter-Anteil wie in den Quartalen zuvor im Saarland mit 7,1 Prozent.

(KNA – 29. Februar 2008)

Bildung

Studie: Bessere Bildungschancen durch Kinderkrippe

Gütersloh (KNA) Der Besuch einer Kinderkrippe verbessert laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung die Bildungschancen. Das gilt besonders für Kinder ausländischer Herkunft und den Nachwuchs von Eltern mit geringer Bildung, wie aus der in Gütersloh vorgestellten Untersuchung hervorgeht. Wer als Kleinkind eine Krippe besuche, habe eine Chance von 50 Prozent, später aufs Gymnasium zu gehen. Sonst liege der Wert bei 36 Prozent.

Für benachteiligte Kinder sähen die Bildungschancen nach dem Krippenbesuch noch besser aus, hieß es. Von diesen gingen rund zwei Drittel mehr aufs Gymnasium. Für die Studie untersuchte das „Schweizer Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien“ (BASS) die Bildungswege der 13- bis 18-jährigen Schüler in Deutschland. Davon haben den Angaben zufolge 16 Prozent eine Krippe besucht.

„Noch immer hat die Bildung der Eltern den größten Einfluss darauf, ob Kinder das Abitur erreichen“, sagte Vorstandsmitglied Johannes Meier. Umso mehr sei der Beschluss der Bundesregierung für einen weiteren Ausbau der Krippenplätze zu begrüßen. Das führe langfristig zu höheren Lebenseinkommen der heutigen Schüler und vergrößere zudem den volkswirtschaftlichen Nutzen für Deutschland. Die durchschnittliche Differenz zwischen den erwarteten Lebenseinkommen von Personen mit und ohne Abitur betrage 230.000 Euro.

(KNA – 3. März 2008)

Hinweis

Näheres im Internet unter www.bertelsmann-stiftung.de

Bundesregierung beschließt Fortbildungsprämie

Berlin (KNA) Mit einer Bildungsprämie will die Bundesregierung Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen bei Fortbildungen unterstützen. Die Zuzahlungen gehören zu einem Maßnahmenpaket zum lebenslangen Lernen, das das Bundeskabinett am 23. April in Berlin beschlossen hat. Angesichts einer immer älter werdenden Gesellschaft komme der regelmäßigen Weiterbildung eine stärkere Bedeutung zu, sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU). Ab Herbst gibt die Bundesregierung Bildungsprämien von maximal 154 Euro an Arbeitnehmer aus, deren zu versteuerndes jährliches Einkommen 17.900 Euro (bzw. 35.800 Euro für Verheiratete) nicht übersteigt.

Die Prämie kann einmal im Jahr dafür eingesetzt werden, um die Hälfte von Seminarkosten über 30 Euro zu finanzieren. Weiter soll allen Menschen ein einkommensunabhängiges Weiterbildungsdarlehen analog zu den KfW-Studienkrediten zur Verfügung stehen.

Die „Konzeption der Bundesregierung zum Lernen im Lebenslauf“ beinhaltet zahlreiche Initiativen, die lebenslanges Lernen besonders für Menschen mit niedriger Qualifikation erleichtern sollen. Außer einer Kampagne zum lebensbegleitenden Lernen und verschiedenen Projekten zur Verbesserung der Bildungsberatung in Deutschland unterstützt die Initiative „Lernen vor Ort“ Kommunen, damit diese ein regionales Bildungsnetzwerk etablieren.

(KNA – 23. April 2008)

Hinweis

Weitere Informationen zum Lebenslangen Lernen und zur Fortbildungsprämie im Internet unter www.bmbf.de/de/411.php

Ehrenamt

Von der Leyen kündigt Freiwilligenprogramm für Senioren an

Berlin (KNA) Bundesseniorenministerin Ursula von der Leyen (CDU) will mit einem Programm in Höhe von 22,4 Millionen Euro ab Anfang 2009 das Ehrenamt älterer Menschen fördern. Die Generation über 60 stelle ein enormes Potenzial für die Gesellschaft dar, sagte sie zum „Tag der älteren Generation“ (2. April) in Berlin. Die neu geschaffenen „Freiwilligendienste aller Generationen“ zielten besonders auf ältere Menschen ab, die sich über einen längeren Zeitraum, mindestens sechs Monate, für einen Dienst von 8 bis 20 Stunden pro Woche verpflichten wollen.

Mögliche Tätigkeitsfelder sieht von der Leyen in Kinderbetreuung, Pflege oder Jugendarbeit. Die Dienste seien ergänzend und stellten keine vorhandenen Arbeitsplätze in Frage. Mit den bis 2011 veranschlagten Geldern will der Bund 30 Modellprojekte fördern, Multiplikatoren für Ehrenamtsengagement in den Kommunen schulen und ein zentrales Online-Vermittlungsportal für Freiwilligendienste schaffen. Zudem will das Ministerium die Bevölkerung mit einer Plakatkampagne unter dem Motto „Alter schafft Neues“ für das Thema sensibilisieren.

Vertreter aus Politik, Kirche, Wohlfahrts- und Bürgerverbänden überreichten der Ministerin ein Memorandum mit Leitlinien für ein aktiveres Altersengagement. Die Unterzeichner der Erklärung „Mitgestalten-Mitentscheiden“ fordern darin mehr Einsatz für den Freiwilligendienst älterer Menschen. Besonders Kommunen komme dabei eine entscheidende Rolle zu.

(KNA – 2. April 2008)

Hinweis

Weitere Informationen zum Projekt im Internet unter www.alter-schafft-neues.de

„Generationsübergreifende Freiwilligendienste bewähren sich“

Berlin (KNA) Generationsübergreifende Freiwilligendienste haben sich nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) bewährt. Die bagfa-Projektleiterin Birgit Weber verwies in Berlin auf entsprechende Modellprojekte eines neuen Freiwilligendienstes jenseits des bereits etablierten Jugenddienstes bis 27. Diese hätten besonders die Altersgruppe der 50- bis 60-Jährigen angesprochen. Die bagfa sammelt seit Juni 2005 in neun Kommunen Erfahrungen mit diesem Freiwilligendienst. Dabei nahmen bisher über 300 Freiwillige an mehrmonatige Projekte teil. Weber begrüßte den von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) für Sommer angekündigten „Freiwilligendienst aller Generationen“ im Rahmen der Initiative „Alter schafft Neues“. Der Dachverband der Freiwilligenagenturen empfahl aber eine klare Abgrenzung zu anderen Formen des Ehrenamts und eine langfristige finanzielle Absicherung durch Bund, Länder und Kommunen. (KNA – 8. April 2008)

Weihbischof Koch: Ehrenamtliche nicht überfordern

Lichtenfels (KNA) Der Kölner Weihbischof Heiner Koch hat einen verantwortlichen Umgang mit Ehrenamtlichen angemahnt. In der Kirche bestehe die Gefahr, immer auf dieselben Engagierten zurückzugreifen, „bis ihnen die Luft ausgeht“, sagte Koch im oberfränkischen Kloster Banz. Man dürfe von Ehrenamtlichen, die oft Familie und Beruf hätten, nicht zu viel fordern, vor allem an Sonntagen. „Durch all die Foren und Veranstaltungen bleibt wenig Zeit für Sonntagsruhe“, sagte Koch am Rande der Bundesversammlung des Familienbunds der Katholiken. Der Sonntag sei für die Liturgie und die Familie da. Der Mensch brauche Rituale, um sich der verschiedenen Wertigkeit von Zeit bewusst zu werden. Der Weihbischof meinte, heute lebten viele Menschen letztlich kürzer als früher. In vergangenen Jahrhunderten habe man 40 Jahre auf Erden gelebt, aber dabei die Ewigkeit im Blick gehabt. Heute würden die Menschen zwar 90 Jahre alt, seien aber dauernd von der Angst getrieben, etwas zu verpassen. Die Zeit, die man mit anderen in gottesdienstlichen Feiern oder durch gemeinsame Freizeit teile, könne sich in etwas Bleibendes wandeln. (KNA – 13. April 2008)

Gesundheit

Mehr Schutz bei Schönheitsoperationen

Öffentliche Anhörung des Gesundheitsausschusses

Der Gesundheitsausschuss beschäftigte sich in einer öffentlichen Anhörung am 23. April 2008 mit Missbrauchsfällen bei Schönheitsoperationen. Geladen waren zahlreiche Vertreter von Berufs- und Ärzteverbänden, Patientenschutzvereinen und Verbraucherzentralen. Anlass war ein Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD, in dem sie bemängeln, dass Schönheitsoperationen zur Zeit von Ärzten ohne entsprechende Zusatzqualifikation vorgenommen werden können, obwohl es umfangreiche Weiterbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich gäbe. Angesichts der hohen und stetig steigenden Zahl von schönheitschirurgischen Eingriffen befürchten die An-

tragsteller, dass Patienten an nicht ausreichend qualifizierte Ärzte geraten könnten und es häufiger zu Komplikationen und Dauerschäden bis hin zum Tod des Patienten kommt.

Die Fraktionen fordern die ärztliche Selbstverwaltung deshalb auf, über das Thema Schönheitsoperationen sachgerecht aufzuklären und eine Qualitätsauswahl unter den Anbietern zu treffen. Von der Bundesregierung verlangen sie, den kritischen Umgang mit Schönheitsoperationen zu fördern und weitere Handlungsspielräume im Bereich der Werbung zu prüfen.

An die Bundesländer appellieren die Antragsteller, den Nachweis einer Haftpflichtversicherung verpflichtend zu machen und mit Hilfe der Überwachungsbehörden verstärkt auf die Qualifikation der operierenden Ärzte zu achten. Insbesondere zum Schutz von Jugendlichen sollen Bundesregierung und Bundesländer berufsrechtliche und andere rechtliche Regelungen für Verbote von nicht medizinisch notwendigen Schönheitsoperationen an Minderjährigen prüfen.

(Quelle: www.bundestag.de / 23. April 2008)

Hinweis

Die Stellungnahmen der Expertinnen und Experten bei der öffentlichen Anhörung am 23. April finden Sie im Internet unter:

<http://www.bundestag.de/ausschuesse/a14/anhoerungen/084/stllg/index.html>

Bioethik

Bundestag weitet Forschung an embryonalen Stammzellen aus

Berlin (KNA) Künftig wird in Deutschland umfassender als bislang mit menschlichen embryonalen Stammzellen geforscht. Der Bundestag beschloss am 11. April in Zweiter und Dritter Lesung eine Ausweitung des Imports von embryonalen Stammzellen. Damit wird der gesetzliche Stichtag beim Stammzellimport von 2002 auf Mai 2007 verlegt. Dem entsprechenden Gesetzentwurf stimmten 346 Abgeordnete aller Fraktionen zu. 228 votierten mit Nein. Sechs enthielten sich. 32 Abgeordnete gaben ihre Stimme nicht ab. Das Gesetz bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates.

Vor der Entscheidung standen sich in einer rund zweistündigen Debatte die gegensätzlichen Positionen unvereinbar gegenüber. Redner der unterschiedlichen Konzepte appellierten für mehr Forschung oder eine konsequente Ausrichtung am Lebensschutz.

Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) warb als erste Rednerin erneut für eine einmalige Verschiebung des Stichtags. Sie mahnte, auch die ethischen Überzeugungen der Wissenschaftler ernstzunehmen. Es gehe bei der Forschung lediglich um Embryonen, bei denen die Entscheidung bereits getroffen sei, sie nicht für eine Schwangerschaft einzusetzen. Die Voraussetzung zum Leben sei ihnen damit bereits genommen. Auch Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) warb für diesen Weg. Dagegen warnten die Ministerinnen im Bundeskanzleramt

Maria Böhmer und Hildegard Müller (beide CDU) entschieden für eine Verschiebung des Stichtags. Wer diesen einmal verschiebe, hebe ihn letztlich auf.

In der häufig von Beifall begleiteten Debatte ergriffen insgesamt 21 Abgeordnete das Wort. 13 plädierten für eine Ausweitung der Forschung an embryonalen Stammzellen, acht dagegen. Das entsprach der Zahl der offiziellen Unterstützer bei den vorher eingereichten Anträgen. Die Meinungsäußerungen gingen quer durch die Fraktionen. Lediglich von der CSU ergriff kein Abgeordneter das Wort.

Am Morgen hatten Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, sich gegen eine Liberalisierung ausgesprochen. Lammert sagte im Deutschlandfunk (DLF), er werde für eine Beibehaltung des derzeitigen Stammzellgesetzes votieren. Zollitsch plädierte für eine konsequente Einstellung der Arbeiten mit embryonalen Stammzellen. Menschliches Leben dürfe nicht zu Forschungszwecken getötet werden. (KNA – 11. April 2008)

Hinweis

- Siehe auch Pressemitteilung des KDFB in der Rubrik „Bundesverband“, Seite 9
- Siehe auch Reaktion des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in der Rubrik „Verbände“, Seite 11

Schavan: Stichtagsentscheidung war Gewissensentscheidung

Berlin (KNA) Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) hat die Ausweitung der Stammzellforschung in Deutschland als Gewissensentscheidung verteidigt. Die Verschiebung des Stichtags im Stammzellgesetz sei ein Schritt zur Bewahrung der Menschenwürde, sagte sie am 21. April in Berlin. In zehn Jahren werde man sehen, dass mit der Bundestags-Entscheidung kein Dammbbruch zur unbegrenzten Forschungsfreiheit geschehen sei. Das Parlament hatte am 11. April den Stichtag zum Import embryonaler Stammzellen von Anfang 2002 auf den 1. Mai 2007 verlegt.

Schavan betonte, dieser neue „Zeitkorridor“ solle die Forschung nach ethisch unbedenklichen Alternativen im Sinne des Embryonenschutzes ermöglichen. Bei einer Diskussion der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung über christliche Werte in der Politik sagte die Christdemokratin, sie verstehe die christlichen Werte ihrer Partei nicht als Absicherung, die sie vor sich hertrage, „sondern als Stachel, der in mir selbst Unruhe erzeugt“. Der gesetzliche Schutz der Embryonen in Deutschland sei ein Verdienst der C-Parteien. Deutschland habe sich aufgrund der christlich-abendländischen Werte für einen anderen Weg der Forschung entschieden als viele Länder im internationalen Vergleich. Um diesen Weg zu bewahren, brauche es auch Schritte wie die jüngste Stichtagsverschiebung.

Der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, meinte mit Blick auf die Stichtagsdebatte, die Menschenwürde sei die Grenze, die nicht unterschritten werden dürfe. Darin sei er sich einig mit der Ministerin. Uneins sei man, wie diese Grenze zu sichern sei. Nach der Entscheidung des Bundestages zur Verschiebung des Stichtags sei entschei-

dend, alles dafür zu tun, „dass diese neue Grenze steht“. Ausdrücklich betonte er die Unantastbarkeit der Gewissensentscheidung Meyer mahnte, wenn Werte sich nicht auf den Wandel einließen, verlören sie an Kraft. Christlich verstandenes Politik-Engagement dürfe sich nicht nur aufs Bewahren richten. „Das Christentum ist nicht nur groß im Bewahren, sondern eine große Ermutigung zur Freiheit“, sagte er.

Schavan und Meyer äußerten sich bei einem Symposium zum 80. Geburtstag von Hanna Renate Laurien am 15. April. Die CDU-Politikerin gehörte über viele Jahre auch dem ZdK an und ist eine der prominentesten Vertreterinnen des deutschen Laienkatholizismus. Zu den Gästen gehörten unter anderen Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der ehemalige Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU), ZDF-Intendant Markus Schächter sowie die Verlegerin Friede Springer. Der Vorsitzende der Adenauer-Stiftung und ehemalige thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) würdigte Schavan als Politikerin, „die im gleichen Geiste wie Frau Laurien heute wirkt“. Laurin hatte immer wieder durch ungewöhnliche Entscheidungen und persönliches Engagement für Aufsehen gesorgt. (*KNA – 22. April 2008*)

Lebensschutz

Europarats-Parlamentarier für Abtreibungs-Recht in ganz Europa

Straßburg (KNA) Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat sich für ein Recht von Frauen auf Abtreibung in allen 47 Mitgliedsländern des Staatenbundes ausgesprochen. Die Parlamentarier forderten am 16. April in Straßburg, wo dies noch nicht der Fall sei, sollten Schwangerschaftsabbrüche straffrei gestellt werden. Die Parlamentarische Versammlung billigte mit 102 Ja-Stimmen, 69-Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen einen entsprechenden Bericht der österreichischen sozialistischen Parlamentarierin Gisela Wurm. Kritische Änderungsanträge wurden durchgängig mit einer Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Die Europarats-Parlamentarier plädieren dafür, Frauen eine effektive Ausübung ihres Rechts auf risikofreie und legale Abtreibung innerhalb angemessener Fristen der Schwangerschaft zu ermöglichen und die Autonomie der Wahl der Frauen zu respektieren. Sie verlangen Sexualaufklärung und Zugang zu Verhütungsmitteln, um die Zahl unerwünschter Schwangerschaften zu reduzieren.

Die Parlamentarische Versammlung zeigt sich in dem Bericht besorgt, dass in vielen Ländern zahlreiche Einschränkungen den Zugang zu risikofreien, erschwinglichen und angemessenen Schwangerschaftsabbrüchen erschwerten. Auch in Staaten, in denen Abtreibung legal sei, seien die Bedingungen nicht immer erfüllt, um Frauen Zugang zu ihrem Recht auf Schwangerschaftsabbruch zu gewährleisten.

Vor allem Redner aus Irland, Polen und Malta, wo die schärfsten Abtreibungsverbote in Europa gelten, wandten sich gegen den Bericht. Sie machten unter anderem geltend, das Lebensrecht ungeborener Kinder komme in dem Bericht überhaupt nicht vor. Unterschiedliche Traditionen der Europarats-Staaten würden nicht in Betracht gezogen.

Befürworter des Berichts machten dagegen geltend, Abtreibungsverbote verhinderten nicht Schwangerschaftsabbrüche, sondern führten nur zu riskanteren Abtreibungen. Mehrere Redner warfen der katholischen Kirche und anderen Religionen vor, neue Einschränkungen beim Schwangerschaftsabbruch durchsetzen zu wollen. (KNA – 16. April 2008)

Hinweis

- siehe auch Pressemitteilung des KDFB in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 10
- Reaktion von Donum Vitae in der Rubrik „Verbände“, Seite 3
- Reaktion der Katholischen Familienverbände Europas in der Rubrik „Verbände“, Seite 7
- Reaktion des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen in der Rubrik „Verbände“, Seite 10
- Bericht in der Rubrik „Nachrichten“, Seite 13

Babyklappe und anonyme Geburt bleiben umstritten

Nach einer Aussprache im Bundestag zum Thema Babyklappen und anonyme Geburt bleibt vorerst weiter offen, ob es zu einer gesetzlichen Regelung dieser Fragen kommt. Das Thema ist seit Jahren umstritten und wird immer wieder aktuell, wenn neue Fälle von Säuglingstötungen bekannt werden. Im Januar war in Hannover ein Säugling vor einer Babyklappe erfroren, die sich wegen eines Defekts nicht öffnen ließ.

Der Bundestag befasste sich in seiner halbstündigen Aussprache erstmals mit dem Thema. Anlass war die Anfang Dezember vorgelegte Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion. In der Debatte zeigte sich, dass nicht nur innerhalb der Koalition, sondern auch zwischen den Oppositionsfraktionen die Meinungen geteilt sind. Rednerinnen von Union, FDP und Grünen plädierten für eine gesetzliche Regelung der anonymen Geburt noch in dieser Legislaturperiode. Dagegen wandten sich Abgeordnete von SPD und Linkspartei und nannten jede offizielle Zulassung verfassungswidrig. Bereits in den vorigen Legislaturperioden gab es Bemühungen um eine Regelung, die aber ergebnislos blieben. Bei einem Verbandssymposium Ende Januar in Berlin brachten Expertinnen massive Vorbehalte sowohl gegen die jetzige Praxis wie gegen jede Regelung anonymer Geburten vor.

Beobachter rechnen damit, dass die FDP ihren bereits 2002 ausgearbeiteten Gesetzentwurf, der wegen der Wahl nicht mehr zum Zuge kam, in den nächsten Wochen wieder ins Parlament einbringt. Sie will die bisher verbotene anonyme Geburt bei Frauen in Notsituationen erlauben. Kritiker betonen dagegen das Recht eines Kindes auf Kenntnis seiner Abstammung. Umstritten ist auch, ob Frauen in Paniksituationen nach einer Geburt mit Babyklappen überhaupt zu erreichen sind. (KNA – 19. März 2008)

Studie: Palliativversorgung für vier Prozent der Sterbenden

Düsseldorf (KNA) Nur 4,1 Prozent der jährlich etwa 820.000 Sterbenden in Deutschland erhalten laut einer Studie der Deutschen Hospiz Stiftung eine ärztliche Palliativversorgung. Der tatsächli-

che Bedarf liege nach Schätzungen jedoch bei 40 bis 60 Prozent, sagte der Geschäftsführende Vorsitzende der Stiftung, Eugen Brysch. Notwendig sei daher ein intensiver Ausbau der Palliativversorgung. Diese Behandlung Sterbender durch Ärzte und Therapeuten müsse künftig vor allem in Pflegeheimen angesiedelt werden.

Eine ehrenamtliche hospizliche Begleitung bis zum Tod erhalten der Untersuchung zufolge in Deutschland 6,2 Prozent der Sterbenden. Mit 3,1 Prozent wird der größte Teil von ihnen zu Hause versorgt. 1,7 Prozent erfahren die kostenlose Begleitung in Heimen, 1,4 Prozent in Krankenhäusern. Stationäre Hospize versorgen 2,2 Prozent oder etwa 18.400 Sterbende pro Jahr; diese werden von Pflegekräften geleitet, die in der Palliativversorgung ausgebildet sind. Auch hier besteht laut Stiftung „erheblicher Nachholbedarf“.

Die Zahlen seien „eine Katastrophe“, so Brysch. „Geht die Entwicklungsgeschwindigkeit in gleichem Maße weiter, werden auch nachfolgende Generationen in Fragen hospizlicher und palliativer Begleitung völlig unterversorgt ihr Lebensende verbringen müssen.“ Deutschland liegt laut Brysch im europäischen Vergleich „im unteren Drittel“. Führend sind nach seinen Angaben die skandinavischen Staaten. Auch Frankreich, Irland und Spanien liegen vor Deutschland.

Die Pflege und medizinische Versorgung am Lebensende könnten nicht nur Ehrenamtliche leisten, betonte Brysch. Mit dieser Ansicht lägen viele Politiker falsch. So sei der therapeutische Bedarf von mindestens 40 Prozent nicht zu decken. Das ermittelte Defizit leiste auch jenen Vorschub, die eine Legalisierung aktiver Sterbehilfe forderten, warnte der Vorsitzende.

In Deutschland gibt es laut Stiftung 1.103 ambulante Hospizdienste und 158 stationäre Hospize. Die Zahl der überwiegend in Krankenhäusern angesiedelten Palliativstationen beläuft sich demnach auf 156. Die Deutsche Hospiz Stiftung hatte für die Studie „Hospizliche Begleitung und Palliative-Care-Versorgung in Deutschland 2007“ Daten von 228 Hospizdiensten und Palliativstationen erhoben. Das entspricht laut Angaben 16 Prozent aller Einrichtungen.

(KNA – 26. Februar 2008)

Stichwort: Palliativmedizin

Palliativmedizin ist die Behandlung von Patienten mit einer nicht heilbaren, weit fortgeschrittenen Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung, beispielsweise Krebs oder Aids. Wichtigstes Ziel ist nicht die Heilung, sondern die Linderung von Schmerzen und die Sicherung möglichst hoher Lebensqualität. Dazu gehört nicht nur die Schmerztherapie, sondern auch die psychologische und spirituelle Begleitung der Patienten und ihrer Angehörigen. Palliativmedizin wird in Deutschland in unterschiedlichen Formen in Krankenhäusern oder Hospizeinrichtungen angeboten. Daneben gibt es auch Tageshospize und ambulante Dienste, die Patienten zu Hause betreuen. Anfang 2007 gab es nach Angaben des Deutschen Hospiz- und Palliativverbands rund 1.450 ambulante Hospizdienste, mehr als 150 stationäre Hospize, 139 Palliativstationen und 80 ambulante Palliativdienste. Experten sind sich einig, dass sowohl die Schmerzmedizin als auch die Versorgung sterbenskranker Menschen und die wissenschaftliche Begleitung der Palliativmedizin in Deutschland unterentwickelt sind und vor allem im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern hinterher hinken. Bislang gibt es bundesweit fünf Lehrstühle an Universitäten in Köln, Aachen, Bonn, Göttingen und München. *(KNA)*

Kirche & Theologie

Katholische Kirche bedauert Entscheidung

Berlin (KNA) Die katholische Kirche hat die Bundestags-Entscheidung zur Ausweitung der Embryonenforschung in Deutschland kritisiert. Damit setze sich das Parlament nicht für einen konsequenten Lebensschutz ein, sagte der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Karl Jüsten, am Freitag in Berlin. Das sei zutiefst zu bedauern. Die katholische Kirche werde in ihrem Werben für umfassenden Lebensschutz nicht nachlassen. Jüsten dankte jenen Abgeordneten, die sich über Fraktionsgrenzen hinweg für den uneingeschränkten Schutz von Embryonen eingesetzt hätten. (KNA – 11. April 2008)

Kirchen fordern Änderung bei Spätabtreibungen

Berlin (KNA) Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben die Politik nachdrücklich aufgefordert, die Regelungen für Spätabtreibungen zu ändern. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Wolfgang Huber, sprach vor Journalisten in Berlin von einem „inakzeptablen Missstand“. Der neue Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, kritisierte eine gewaltige Lücke im Gesetz.

Es könne nicht heißen, dass heutzutage nur noch absolut gesunde Kinder das Licht der Welt erblicken dürfen, meinte der Erzbischof. Die katholische Kirche würde sich noch andere Änderungen bei der Abtreibungsgesetzgebung wünschen, dieser Punkt sei aber am drängendsten. Huber sagte, die Kirchen appellierten seit langem an den Gesetzgeber. Die jetzige gesetzliche Regelung lasse es zu, dass bereits lebensfähige Föten getötet werden könnten. Er habe die feste Erwartung, dass die große Koalition dem so bald wie möglich ein Ende bereite. Das habe er in dieser Woche bei einem Spitzengespräch auch den Fraktionsvorsitzenden von Union und SPD deutlich gemacht.

Als Spätabtreibungen gelten Schwangerschaftsabbrüche, die nach der 23. Woche vorgenommen werden. Seit der Neufassung der Abtreibungs-Gesetzgebung im Jahr 1995 kann ohne Einhaltung von Fristen und ohne Beratung bei einer zu erwartenden Behinderung eines Kindes ein Abbruch vorgenommen werden. Die Bundesärztekammer, die vor wenigen Tagen gleichfalls eine rasche Gesetzesänderung verlangte, und die Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe fordern eine medizinische Beratungspflicht sowie das Angebot einer psychosozialen Beratung. Ferner sollten zwischen Diagnose und Eingriff mindestens drei Tage liegen. Den Eingriff dürfe aber nicht der beratende Arzt vornehmen.

In dieser Legislaturperiode gab es bereits wiederholt Gespräche über Änderungskonzepte, die bislang ergebnislos blieben. Auch in den vergangenen Legislaturperioden kamen Initiativen zu einer Gesetzesänderung nicht zu einem parlamentarischen Ergebnis. Nach Angaben der Bundesärztekammer kommt es jährlich im Schnitt zu 180 Spätabtreibungen in Deutschland.

(KNA – 7. März 2008)

Papst gegen aktive Sterbehilfe und für familiäre Pflege

Vatikanstadt (KNA) Papst Benedikt XVI. hat jeder Form von aktiver Sterbehilfe eine klare Absage erteilt. Das entspreche der jahrhundertelangen Lehre der katholischen Kirche, sagte das Kirchenoberhaupt bei einem Empfang für Teilnehmer eines internationalen Ethik-Kongresses im Vatikan. Dabei forderte Benedikt XVI. zugleich eine rechtliche Aufwertung familiärer Pflege.

Nachdrücklich warnte der Papst vor einem utilitaristischen Menschenbild. Eine solche Sicht setze besonders Alte und sozial Schwache unter einen „Euthanasie-Druck“. Schon jetzt drohten in einer von der Dynamik der Produktivität und von Wirtschaftszwängen bestimmten Gesellschaft labile Personen und arme Familien überrannt zu werden.

Zur Eröffnung der Fachtagung über den ethischen Umgang mit Kranken und Sterbenden begründete der Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, Bischof Elio Sgreccia, die Themenwahl mit einem wachsenden „kulturellen Druck“ in Richtung aktiver Sterbehilfe. Nach einem gesetzgeberischen „Dambruch“ in den Niederlanden, in Belgien, Dänemark und im US-Bundesstaat Oregon drohe auch in anderen Ländern eine Legalisierung von Euthanasie. Der Kurienbischof kritisierte eine zunehmende „Kultur des Alleinlassens von Sterbenden“ und eine Unterbewertung ihrer Würde. Er warnte vor „zweideutigen Mystifikationen und Pseudo-Rechtfertigungen“ in Fragen des Todes. Die katholische Kirche müsse ihre Einwände gegen eine aktive Sterbehilfe deutlicher machen.

Benedikt XVI. forderte zugleich eine sozialpolitische Anerkennung der familiären Pflege von Alten und Sterbenden. Analog zu arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie Mutterschutz und Elternzeit sollte es Zugeständnisse an Arbeitnehmer geben, die einen Familienangehörigen in der letzten Lebensphase begleiteten. Wie Kranke ein Recht auf notwendige und angemessene Therapien hätten, gebe es auch einen Anspruch auf Hilfe für die Familien von Patienten. - An der zweitägigen Konferenz nehmen 520 Mediziner, Philosophen, Juristen und Theologen aus mehr als 30 Ländern teil.
(KNA – 25. Februar 2008)

Katholische Kirche bietet Fortbildung zum „Medientutor“ an

Bonn (KNA) Eine achtmonatige Weiterbildung zum „Medientutor“ bietet die katholische Kirche in Deutschland an. Der Kurs richte sich an haupt- und nebenamtliche Mitarbeiter in kirchlichen und sozialen Einrichtungen, teilte die Deutsche Bischofskonferenz mit. Die Weiterbildungsmaßnahme, die bereits zum vierten Mal durchgeführt wird, startet im Herbst 2008. Ziel sei es, professionelle Kommunikations-, Präsentations- und Moderationsfähigkeiten zu erlangen, um selbstständig Medienveranstaltungen wie Diskussionsabende oder Filmvorführungen zu planen und zu leiten. Die Teilnehmer erhalten zum Abschluss des Kurses ein Zertifikat. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 1.750 Euro. Darin enthalten sind auch drei je fünftägige Seminare im Katholisch-Sozialen Institut in Bad Honnef bei Bonn. (KNA – 3. März 2008)

Hinweis

Nähere Informationen im Internet unter www.medientutor.de

Neues Institut für interreligiösen Dialog in Freiburg/Schweiz

Freiburg (KNA) Die Universität Freiburg/Schweiz hat ein Institut für das Studium der Religionen und den Interreligiösen Dialog errichtet. Es ist an der Theologischen Fakultät angesiedelt und tritt die Nachfolge des Instituts für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft an, wie die Universität mitteilte. Das Institut soll den Angaben zufolge durch wissenschaftliche Veranstaltungen und Veröffentlichungen das Studium der Religionen pflegen. Weiter solle es in interdisziplinärer Arbeit den interreligiösen Dialog voranbringen und die Zusammenarbeit mit verwandten Institutionen suchen. Zum ersten Direktor wurde der Freiburger Kirchenhistoriker Mariano Delgado gewählt. (KNA – 21. April 2008)

Gewalt gegen Frauen

„Gewalt gegen Frauen mit EU-Entwicklungshilfe bekämpfen“

Straßburg (KNA) Das Europaparlament fordert, mit der EU-Entwicklungshilfe vermehrt Gewalt gegen Frauen in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Religiös und traditionell begründete Gewalt müssten in den Maßnahmenkatalog zur Geschlechtergleichstellung aufgenommen werden, forderten die Europaabgeordneten in Straßburg. Die Gleichstellung der Geschlechter sei ein Grundprinzip auch der EU-Entwicklungshilfe.

Besorgt sind die Europaabgeordneten unter anderem wegen körperlicher Misshandlung von Frauen, etwa durch Genitalverstümmelungen. Sie beklagen aber auch Vergewaltigung, häusliche Gewalt, Zwangsheiraten oder ungleiche Rechte in Scheidungsverfahren. Nicht hinnehmbar seien Verpflichtungen zur Achtung von Kleidungsvorschriften gegen den Willen der Frau oder andere Maßnahmen, die Frauen ausgrenzten.

Die EU-Kommission müsse erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die Öffentlichkeit in den Entwicklungsländern für diese Themen zu sensibilisieren. Kritisch äußern sich die Europaabgeordneten abermals zur neuen Struktur der EU, wonach die EU-Hilfe häufiger als früher als Zuschuss zu den Staatshaushalten der Empfängerländer gezahlt wird. Dadurch werde es schwieriger, die Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter zu bewerten, bemängeln die Abgeordneten. (KNA – 13. März 2008)

Integration

„Lernen, Freundschaft, Gleichberechtigung“ – Neue Kampagne für Integration

(fpd) Eine neue „Kampagne für Integration“ mit einem frauenpolitischen Schwerpunkt hat die Bundesregierung am 4. April gestartet. Unter dem Motto „Neue Wege, neue Chancen“ sollen mit neuen Plakaten und dem Slogan „...keine Frage der Herkunft“ verschiedene Bereiche des täglichen Lebens thematisiert werden, in denen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft begegnen,

nämlich „Lernen, Freundschaft, Gleichberechtigung“. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, erklärte in dem Zusammenhang: „Wir wollen mit der Kampagne dazu beitragen, dass möglichst vielen Menschen bewusst wird: Ein gutes Zusammenleben der Menschen verschiedener Herkunft in unserem Land ist die Grundlage für eine gute gemeinsame Zukunft, nicht nur für die Politik, sondern für die gesamte Gesellschaft.“

Illegale ZuwanderInnen

Wenig Bewegung beim Thema „Illegale“

Die politische Debatte über die rechtliche und soziale Situation der illegalen Zuwanderer kommt weiterhin kaum voran. Es gebe parteienübergreifend nun aber eine große Bereitschaft, sich mit dem Thema zu befassen, konzedierte Ute Koch, bis Februar Geschäftsführerin des Katholischen Forums „Leben in der Illegalität“, auf deren vierter Jahrestagung in der Berliner Katholischen Akademie. Nach Schätzungen geht es um bis zu eine Million Migranten in Deutschland.

Der vor einem Jahr abgeschlossene Bericht des Bundesinnenministeriums, mittlerweile als Bundesdrucksache veröffentlicht, empfiehlt allerdings eine Verschärfung statt eines Wegfalls der Meldepflicht, die im Zentrum der Meinungsverschiedenheiten steht. Migrationsexperten kritisieren seit Jahren die Verpflichtung von Schulen, Krankenhäusern und Gerichten, Zuwanderer „ohne Papiere“ den Ausländerbehörden zu melden, wenn sie von ihnen Kenntnis erhalten. Dies führe dazu, dass die Betroffenen davor zurückscheuten, ihre Kinder einzuschulen, sich stationär behandeln zu lassen oder vorenthaltenen Lohn vor Gericht einzuklagen.

In den Unionsparteien deutet sich nun in einem Punkt ein Kurswechsel an. Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Grindel bei der Jahrestagung erklärte, wächst in seiner Fraktion die Bereitschaft, die Mitteilungspflicht der Schulen zu überprüfen. Zur Begründung führte er die innere Sicherheit an. Es sei besser, wenn die Kinder illegaler Migranten sich in der Schule statt auf der Straße befänden. Zudem verbessere der Schulbesuch ihre Perspektiven bei einer Rückkehr in die Heimat und könne die Rückkehrbereitschaft der Eltern fördern. Zugleich hob Grindel hervor, dass eine Neuregelung im Bildungsbereich Ländersache sei.

Bei der Mitteilungspflicht der Krankenhäuser sehen CDU und CSU nach Angaben Grindels aber weiter keinen Änderungsbedarf. Wenn illegale Migranten sich durch eine Klinikbehandlung nicht der Gefahr einer Abschiebung aussetzen wollten, könnten sie eine Vielfalt „altruistischer Einrichtungen“ in Anspruch nehmen. Er bezog sich damit auf Einrichtungen wie die Malteser Migranten Medizin, die in mehreren deutschen Städten Menschen ohne Krankenversicherung hilft. Beim migrationspolitischen Sprecher der Grünen, Josef Winkler, stieß Grindels Argumentation auf Kritik. Wenn sich ein Kind illegaler Zuwanderer im Sportunterricht verletze, werde deutlich, dass sich die Sorge um dessen Wohl nicht auf den Bildungsbereich beschränken lasse, betonte er. Peter Clever von der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Annelie Buntenbach vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds appellierten an die Parteien, trotz der Länderhoheit über die Schulen auf Bundesebene ein „klares politisches Signal“ für eine Neuregelung zu setzen.

Auf die faktische Wirkungslosigkeit der Meldepflicht bei der Begrenzung der irregulären Migration verwies Ulrich Pöner vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Angesichts dessen sei es ethisch geboten, diese Verpflichtung wegen ihrer schwerwiegenden Folgen einzuschränken oder abzuschaffen. Die Lage der Menschen ohne Aufenthaltsstatus liegt jedoch nicht nur in Deutschland im Argen, wie Experten bei der Tagung bemängelten. Die EU-Kommission sehe den Kampf gegen diese Form der Zuwanderung als Kern ihrer gemeinsamen Migrationspolitik, kritisierte der Vorsitzende des Katholischen Forums, Weihbischof Josef Voß. Die Frage der sozialen Rechte derjenigen Zuwanderer, die sich bereits illegal in Europa aufhielten, trete zu sehr in den Hintergrund. (KNA – 11. März 2008)

Minister planen Ärztepool für Abschiebungen

Frankfurt (KNA) Ein eigens eingerichteter Pool aus Flugmedizinern soll künftig Abschiebungen von Ausländern beschleunigen. Ziel sei es, die Reisefähigkeit der Betroffenen zu beurteilen, berichtet die „Frankfurter Rundschau“. Bislang waren dafür Fachärzte zuständig. Das Blatt beruft sich auf Stellungnahmen aus dem niedersächsischen Innenministerium, das derzeit den Vorsitz in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Rückführung“ innehat.

Allein in Niedersachsen sind laut Innenminister Uwe Schünemann (CDU) im Jahr 2007 von 1.360 Abschiebeversuchen 697 gescheitert und hätten dadurch teils erhebliche Kosten verursacht. Einer der Hauptgründe sei die fehlende Bestätigung der Reisefähigkeit gewesen.

Kritik äußerte Ärztekammer-Vizepräsident Frank Ulrich Montgomery. Das Problem der Abschiebung sei nicht die flugmedizinische Beurteilung, sondern der physische und psychische Stress der Abschiebung selbst, so Montgomery. „Hier wären die Behörden gut beraten, auf den Rat versierter Fachärzte, die diese Menschen behandelt haben, zurückzugreifen.“ Der Auftrag des Arztes bei Abschiebungen bestehe nicht darin, Flüchtlinge „handhabbarer zu machen für irgendwelche Beamten“, so Montgomery. (KNA – 14. April 2008)

Fairer Handel

„Supermärkte mitverantwortlich für Menschenrechtsverletzungen“

Berlin (KNA) Die Hilfsorganisation Oxfam wirft deutschen Supermarktketten vor, für menschenunwürdige Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern mitverantwortlich zu sein. Eine in Berlin vorgestellte Oxfam-Studie kritisiert die Einkaufspolitik der Konzerne Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro. Die fünf größten Supermarktketten bedienten 70 Prozent des Marktes und setzten ihre Einkaufsmacht massiv dazu ein, die Lieferantenpreise zu drücken. Der Druck führe dazu, dass die Lieferanten Arbeits- und Menschenrechte verletzen, um im harten Wettbewerb gut abzuschneiden.

Die Autorin der Studie, Marita Wiggerthale, forderte das Bundeskartellamt zu einer umfassenden Prüfung der Einkaufsmacht der Supermarktketten auf. Tausende von Arbeitern müssten in Ent-

wicklungsländern zu Hungerlöhnen und unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. So beliefen sich die Arbeitszeiten auf Ananas-Feldern in Costa Rica auf zwölf Stunden und mehr. Der Lohn liege im Schnitt bei neun Euro pro Tag, das seien 75 Cent in der Stunde. Mitunter gäbe es sogar noch schlechter bezahlte Kinderarbeit.

Wiggerthale beklagte, dass die Lieferanten in Costa Rica und Ecuador systematisch die Bildung von Gewerkschaften verhinderten. Das treffe etwa für Unternehmen wie Dole, Chiquita, Del Monte, Fyffes, Cobana-Fruchtring, Edeka Fruchtkontor und Dürbeck zu, die zu den führenden Südfrucht-Importeuren gehörten.

Die Studie kritisiert zudem, dass die Arbeiter in Ananas- und Bananenplantagen in hohem Maße gesundheitsschädlichen Pestiziden ausgesetzt seien. So setzten die Hersteller in Ecuador und Costa Rica giftige Pflanzenschutzmittel ein, die in Europa bereits verboten seien. Durch die Pestizide würden auch Brunnen und Flussläufe vergiftet. Oxfam Deutschland empfahl Verbrauchern, Bio- oder Fair-Trade-Produkte zu kaufen. Die Gütesiegel garantierten, dass die Früchte umweltschonend produziert und zu fairen Handelsbedingungen abgenommen würden.

(KNA – 14. April 2008)

Medien

25 Jahre feministische Zeitschrift „Schlangenbrut“

Bonn (KNA) Die im deutschsprachigen Raum älteste feministische Zeitschrift zu religiösen Themen, „Schlangenbrut“, wird 25 Jahre alt. In dem Vierteljahrhundert erschienen Hefte mit Schwerpunkten wie Krieg, Befreiungstheologie, Islam der Frauen sowie Tanz und Rituale. Nach Angaben der in Bonn sitzenden Redaktion von Montag soll künftig der interreligiöse Dialog im Mittelpunkt stehen. Aus Anlass des Jubiläums widmet sich die soeben erschienene 100. Ausgabe dem Thema Feiern.

Zu den Autorinnen der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift gehörten seit dem ersten Erscheinen 1983 die Theologinnen Dorothee Sölle, Elisabeth Moltmann-Wendel, Elisabeth Schüssler-Fiorenza, Marie-Theres Wacker und Hedwig Meyer-Wilmes. Beim 20-Jahr-Jubiläum hatte Meyer-Wilmes das Blatt als „Vorreiterin feministischer Theologie“ bezeichnet.

Die Zeitschrift hat nach Redaktionsangaben eine Auflage von bis zu 3.000 Exemplaren. Sie wurde 1983 als „Streitschrift für feministisch und religiös interessierte Frauen“ von Theologinnen in Bonn und Münster ins Leben gerufen. Der Begriff feministische Theologie steht seit den 1960er Jahren für verschiedene theologische Ansätze aus der Perspektive von Frauen. Gemeinsames Merkmal sind Kritik an patriarchalen Strukturen in Kirche und Theologie. So hinterfragen die Wissenschaftlerinnen männlich geprägte Gottesvorstellungen.

(KNA – 25. Februar 2008)

Hinweis

Näheres im Internet unter unter www.schlangenbrut.de